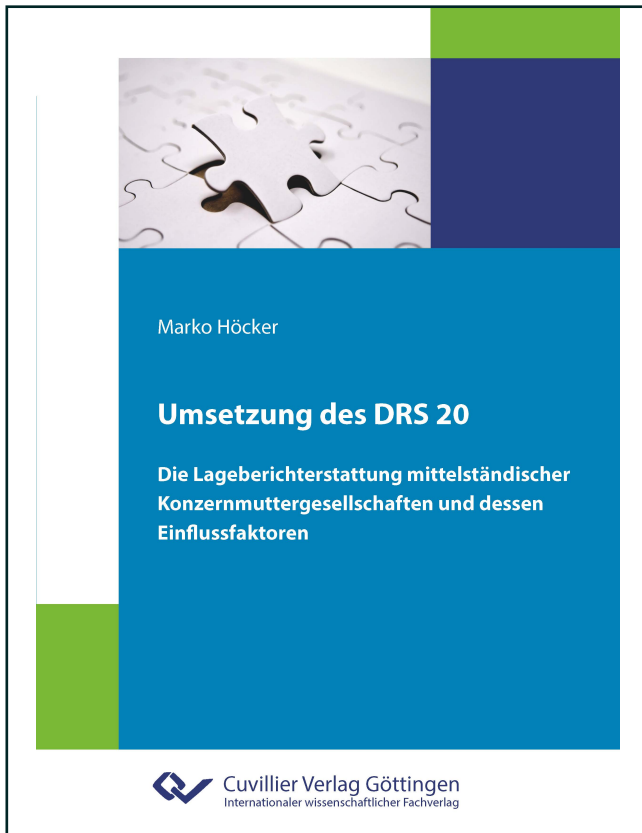




Marko Höcker (Autor)

Umsetzung des DRS 20

Die Lageberichterstattung mittelständischer
Konzernmuttergesellschaften und dessen Einflussfaktoren



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/8715>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>

1 Der Konzernlagebericht in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

1.1 Motivation und Zielsetzung

Das bloße Zahlenwerk eines Jahresabschlusses bzw. Konzernjahresabschlusses genügt nicht, um außenstehenden Lesern eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens zu ermöglichen. Eine wirtschaftliche Gesamtbeurteilung ist erst weitergehend über eine gute und sorgfältige Berichterstattung möglich.¹ Zweck der Berichterstattung ist die Informationsvermittlung.² Die gesetzlichen Anforderungen an die Lageberichterstattung und Konzernlageberichterstattung lassen eine weitreichende Fortentwicklung erkennen, vor allem ab dem 21. Jahrhundert mit immer kürzer werdenden zeitlichen Abständen. Ausschlaggebend für die gesetzliche Entwicklung war das Publizitätsverhalten. Dieses erforderte schrittweise eine stärkere Normierung.³ Damit will der Gesetz- bzw. Normengeber Informationsasymmetrien zwischen Management und Adressaten abbauen.⁴

Bei der Normenentwicklung kooperiert der Staat mit sogenannten Standardsettern.⁵ Angesichts der vielfältigen und differenzierten Themen, die der Staat zu bewältigen hat, ist eine zufriedenstellende Erfüllung aller Aufgaben schwer bis kaum erreichbar, vor allem auf Gebieten, die einen spezifischen Sachverstand erfordern, wozu u. a. das Bilanzrecht zählt.⁶ 1998 ist ein Verein gegründet worden, der sich mit Themen der Rechnungslegung befasst; Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC). Einer derartig privatrechtlich organisierten Einrichtung kann das Bundesministerium der Justiz im Sinne des (i. S. d.) § 342 Abs. 1 HGB durch Vertrag Aufgaben hinsichtlich der Rechnungslegung übertragen, u. a. die Entwicklung von Empfehlungen zur Anwendung der Grundsätze über die Konzernrechnungslegung. Seit Gründung des DRSC ist dieser – mit kurzer Unterbrechung – als Standardsetter für Deutschland anerkannt, er veröffentlichte den ersten Standard zur Konzernlageberichterstattung im Jahr 2000.⁷ Die vom DRSC entwickelten Standards zur Konzernlageberichterstattung greifen die gesetzlichen Vorgaben zum (Konzern-)Lagebericht auf und konkretisieren diese hinsichtlich formeller sowie inhaltlicher Aspekte. Die Standards sind bei der Erstellung des Konzernlageberichts verpflichtend anzuwenden und werden für die Erstellung des Lageberichts gemäß § 289 HGB empfohlen. Anlässlich der Ausübung seiner Aufgaben hat das DRSC sich als Vertreter aller deutschen Unternehmen zu verstehen.⁸ Zehn Jahre nach Gründung des DRSC setzten *Pellens, Crasselt, Kemper* eine Studie auf, mit der sie die Meinung wichtiger Interessengruppen im Bereich der Rechnungslegung über die bisherige Arbeit des DRSC erfassten. Die empirischen Ergebnisse zeigten, dass sich in

¹ Vgl. Lück (1995), § 289 HGB, Tz. 9 f.

² Vgl. Ellrott (2012), § 289 HGB, Tz. 4; Kleindiek (2013a), § 289 HGB, Tz. 13.

³ Vgl. Tichy (1979), S. 225.

⁴ Vgl. Ewelt/Knauer/Sieweke (2009), S. 707 f.

⁵ Über den § 342 HGB wird privatrechtlichen Einrichtungen die Gelegenheit geboten, in bestimmten Aufgaben bezüglich der Rechnungslegung zu unterstützen. Vgl. hierzu Kapitel 2.6.1.

⁶ Hommelhoff/Schwab (1998), S. 45 f.

⁷ Vgl. zum DRSC Abschnitt 2.6.1 und zum Rechnungslegungsstandard der Lageberichterstattung Abschnitt 2.6.2.

⁸ Vgl. hierzu die wiedergegebene Aussage der damaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in Semjow/Schön (2008), S. 494.

der Gesamtbeurteilung der Arbeiten des DRSC auf dem Gebiet der Entwicklung von Empfehlungen (Standards) eine positive Tendenz erkennen ließ. Insgesamt wurden die bis dahin ausgeführten Arbeiten des Standardsetters als eine gute Ausgangsbasis für die zukünftig noch anstehenden Aufgaben dargestellt.⁹

Über die gesetzlichen Regelungen sowie durch die vom Standardsetter entwickelten Standards für die Konzernrechnunglegung werden die Publizitätsvorschriften fixiert.¹⁰ Wird der Jahres- bzw. Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, so hat dessen ungeachtet die (Konzern-)Lageberichterstattung nach HGB zu erfolgen.¹¹ Die Einhaltung bzw. Umsetzung der Anforderungen zum (Konzern-)Lagebericht unterliegen der Prüfung durch den Abschlussprüfer, welcher im Rahmen des Bestätigungsvermerks über das Ergebnis seiner Prüfung Bericht erstattet.¹² Inwieweit die Vorschriften von den Unternehmen umgesetzt werden, kann anhand von empirischen Studien nachgehalten werden.¹³ Über das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) von 1998 wurde erstmals die Pflicht zur Risikoberichterstattung ab 1998 herbeigeführt, deren Anforderungen das DRSC in einem seiner ersten Standards, Deutscher Rechnungslegungsstandard (DRS) 5 aus dem Jahr 2001, verdeutlichte. Mittels der Empirie ließ sich eine allgemeine Verbesserung der Berichterstattung durch den DRS 5 nachweisen, jedoch bestanden die Defizite bei der Erläuterung der Risiken fort.¹⁴ Diverse Studien hinterfragten mit unterschiedlichsten Fragestellungen die Berichterstattung hinsichtlich der Anwendung der Standards zur Lageberichterstattung. Es zeigt sich u. a., dass nicht-börsennotierte Unternehmen in der Regel einen erheblich kleineren Geschäftsumfang sowie eine geringere Komplexität aufweisen als börsennotierte Unternehmen. Zudem bestehen Unterschiede bezüglich Art und Umfang von (Konzern-)Lageberichten. Auch die Bedeutung, welche nicht-börsennotierte, mittelständische Unternehmen dem DRS beimessen, ist eine geringere.¹⁵ Über diese Erkenntnis lassen sich zwei Welten der (Konzern-)Lageberichterstattung identifizieren, die der börsennotierten und die der nicht-börsennotierten Unternehmen.¹⁶

Neben den speziellen Standards, die sich präzisierend auf einzelne Berichtsbereiche auswirkten (bspw. der DRS 5 für die Risikoberichterstattung), definierte das DRSC im DRS 15 Regeln zur (Konzern-)Lageberichterstattung im Allgemeinen. Bereits der DRS 15 sollte dazu dienen, die starken Unterschiede in Umfang, Inhalt und Struktur der (Konzern-)Lageberichterstattung herabzusetzen, womit ein gesteigerter Informationsgehalt einhergeht.¹⁷ Wie einzelne Studien wiedergeben, konnte der DRS 15 die Berichterstattung verbessern,

⁹ Vgl. Pellens/Crasselt/Kemper (2009), S. 242, 244, 246.

¹⁰ Vgl. Wagenhofer/Ewert (2003), S. 284.

¹¹ In den IFRS ist keine Aufstellung eines (Konzern-)Lageberichts vorgeschrieben. Gleichwohl haben Unternehmen, die dem HGB unterliegen und zur Aufstellung eines Konzernabschlusses nach IFRS verpflichtet sind oder diesen freiwillig erstellen, einen Konzernlagebericht i. S. d. HGB zu erstellen. Vgl. zum Lagebericht nach IFRS Küting/Weber (2008), S. 578; Scheerer (2012), S. 423; Marten/Quick/Ruhnke (2020), S. 43 f., 818.

¹² Siehe hierzu IDW PS 400; IDW (2017a).

¹³ Obgleich eine Prüfung der Berichterstattung erfolgte und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk ausgesprochen wurde, können dennoch Mängel in ihr bestehen. Grund hierfür kann in der Risikoeinschätzung zu möglichen unrichtigen Angaben liegen, die im Rahmen der Prüfungsplanung vorgenommen wird. Ebenso kann die Beurteilung von Prüfungsfeststellungen hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit dazu beitragen. Siehe zur Prüfung der Lageberichterstattung Abschnitt 2.4.

¹⁴ Vgl. Kajüter/Winkler (2003), S. 228; Gleißner et al. (2005), S. 353.

¹⁵ Vgl. zum Publizitätsverhalten und zur Bedeutung Kajüter et al. (2010), S. 458, 460, 464.

¹⁶ Vgl. Kajüter (2013), S. 8 f.; Fink/Kajüter/Winkeljohann (2013), S. 16 f.

¹⁷ Vgl. Buchheim/Knorr (2006), S. 416.

allerdings zeigten sich dennoch in einzelnen Bereichen offensichtliche Mängel.¹⁸ Auch als Ergebnis einer gezielten Untersuchung von Lageberichten mittelständischer deutscher Unternehmen wurde die Informationsqualität im Wesentlichen als unzureichend beurteilt.¹⁹

Der Lehrstuhl für Internationale Unternehmensrechnung der Universität Münster erstellte im Auftrag des DRSC eine Studie zu den bisherigen Anwendungserfahrungen mit dem DRS 15. Aus den Erkenntnissen dieser Studie wurde die Notwendigkeit einer umfassenden Überarbeitung der Standards deutlich.²⁰ Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen wurde vom DRSC ein Entwurf eines neuen Standards zur (Konzern-)Lageberichterstattung (E-DRS 27) konzipiert und am 27. Dezember 2011 veröffentlicht. Dabei war die interessierte Öffentlichkeit bis zum 30. April 2012 zur Stellungnahme zu dem Entwurf aufgefordert.²¹ Als Ergebnis aus dem E-DRS und den Stellungnahmen resultierte der DRS 20, welcher am 14. September 2012 verabschiedet und am 04. Dezember 2012 vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) bekannt gemacht wurde.²²

Der neue Standard hat zum Ziel, die gewonnenen praktischen Erfahrungen aus der Anwendung des DRS zur Konzernlageberichterstattung sowie internationale Entwicklungen aufzugreifen und zu reflektieren.²³ Damit stellt die Novellierung des Standards u. a. darauf ab, den bisher in der Berichterstattung existierenden Defiziten entgegenzuwirken. Auch verfolgt der DRS 20 konsequent den am internationalen Informationskonzept ausgerichteten Management Approach.²⁴

Mit den bis hierhin dargelegten Ausführungen lassen sich der Stellenwert und die angestrebte Qualität der (Konzern-)Lageberichterstattung skizzieren. In der Vergangenheit war das Publizitätsverhalten deutscher Unternehmen sehr zurückhaltend ausgeprägt, und es wurden nur die Informationen veröffentlicht, welche als unabdingbar galten. Über die Zeit hinweg hat sich dieses Verhalten zumindest bei börsennotierten Unternehmen verändert, was zu einer verbesserten Transparenz beitrug.²⁵ Einzelne Studien befassten sich bereits mit den jüngsten Veränderungen in der Berichterstattung und hinterfragten die Erstanwendung des DRS 20. In ihnen wurden sowohl die (Konzern-)Lageberichterstattung als Ganzes als auch einzelne Berichtsabschnitte untersucht. Vermehrt lag der Schwerpunkt der Forschung auf der Prognoseberichterstattung. Den Forschungsmittelpunkt bildeten hauptsächlich börsennotierte Unternehmen. Die Methodik und der damit verbundene Erkenntnisgewinn fußten in diesem Zusammenhang weitestgehend auf deskriptiven Ansätzen. In seltensten Fällen erfolgte eine wirkungsbasierte Analyse.²⁶ Inwieweit jedoch die Ergebnisse auf nicht-börsennotierte Unternehmen übertragbar sind und wie sich deren Berichterstattung über einen mittelfristigen

¹⁸ Vgl. Schmidt/Wulbrand (2007), S. 426; Ruhwedel/Sellhorn/Lerchenmüller (2009), S. 1312 f.; Eisenschmidt (2011a), S. 212 f.; Eisenschmidt (2011b), S. 358.

¹⁹ Vgl. Eidel/Strickmann (2013a), S. 1979.

²⁰ Vgl. Kajüter et al. (2010), S. 457, 464 f.; DRSC (2012a), DRS 20, Tz. B2, B4.

²¹ Vgl. DRSC (2011a), E-DRS 27, S. 1.

²² Vgl. zur Entwicklung und Veröffentlichung DRSC (2011a) und DRSC (2012a), DRS 20, Tz. B1, B5 und S. 1.

²³ Vgl. DRSC (2012a), DRS 20, Tz. B2.

²⁴ Vgl. Henckel/Rimmelspacher/Schäfer (2014), S. 391; Lorson et al. (2015), S. 913; Kolb/Neubeck (2016), S. 103.

²⁵ Vgl. Wagenhofer/Ewert (2015), S. 356.

²⁶ Vgl. Kajüter/Hannen/Huth (2014), S. 2842; Kümpel/Luksch/Oriolo (2015a), S. 200 f.; Eisenschmidt (2015), S. 480 f.; Kajüter/Nienhaus/Morschladt (2015), S. 517 f. Siehe für einen ausführlicheren Einblick zum Stand der Forschung in Zusammenhang mit dem DRS 20 Kapitel 3.2.2.

Zeitraum entwickelt hat, ist nicht hinreichend erforscht. Mit Hilfe der vorliegenden Studie soll diese Forschungslücke geschlossen werden.

Über die Publizität wird es der externen Unternehmensrechnung ermöglicht, einen bedeutenden Teil ihrer zugeschriebenen Funktionen wahrzunehmen. So kommt der Publizität eine wesentliche Bedeutung zu, welche sowohl die rechtliche wie auch die freiwillige Publizität mit einschließt.²⁷ Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Konzernlageberichterstattung nach dem DRS 20. In ihr werden zwei Aspekte aufgegriffen. Die erste Thematisierung zielt auf die Umsetzung der Neuerung in der Lageberichterstattung ab, die mit dem DRS 20 aufkam. Daraus erwächst zusätzlich das Interesse daran, wie sich die Konzernlageberichterstattung mittelfristig, bezogen auf die neuen Anforderungen, entwickelt hat und ob über den Zeitverlauf ein Qualitätsanstieg zu verzeichnen ist. Der zweite Themenbereich befasst sich mit der Frage, inwieweit die Qualität der publizierten Informationen auf mögliche Einflussfaktoren zurückzuführen ist.

Um der Interessenfrage in der Längsschnittstudie nachzugehen, wird die Methode der Inhaltsanalyse, begleitet von statistischen Hypothesen und unter Zuhilfenahme eines Scoring-Modells, angewendet. Im Fokus der Untersuchung stehen nicht-börsennotierte Konzernmuttergesellschaften, eingeschränkt auf Unternehmen mit Sitz im Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW). Die Entscheidung, NRW zur Untersuchung heranzuziehen, begründet sich über die hohe Bevölkerungszahl sowie der hohen Anzahl an Unternehmen in diesem Bundesland. In der Untersuchung werden die Daten aus den Jahren 2011 sowie 2013 bis 2015 verwendet. Aufgrund einer vorzeitigen freiwilligen Anwendung des DRS 20 im Jahr 2012 bleibt das Berichtsjahr 2012 unberücksichtigt. Der sonach anvisierte Betrachtungszeitraum gestattet es, eine Aussage über das Berichtsverhalten vor sowie nach der Einführung des DRS 20 vorzunehmen.

Aus der zuvor aufgezeigten Argumentation und den damit einhergehenden Überlegungen verfolgt die vorliegende Studie – hinsichtlich der neuen Anforderungen durch den DRS 20 – folgende Ziele:

- Das Publizitätsverhalten mittelständischer Konzernmuttergesellschaften auf dessen Veränderungen durch die Einführung des neuen Standards sowie auf dessen zeitlichen Entwicklung zu analysieren und
- mögliche Einflussfaktoren in der Berichterstattung nach dem DRS 20 zu identifizieren.

Mit dieser Arbeit und den daraus gewonnenen empirischen Befunden kann für den Berichtsersteller sowie den Adressaten, aber auch für den Berufsstand der Wirtschaftsprüfer oder den Standardsetter ein Nutzen für deren Tätigkeiten in Zusammenhang mit der (Konzern-)Lageberichterstattung herbeigeführt werden. Bestehende Defizite in der Berichterstattung können als konstruktive Kritik aufgefasst werden, um den Ist-Zustand der (Konzern-)Lageberichterstattung näher an den Soll-Zustand heranzuführen und damit die Publizitätsqualität perspektivisch zu erhöhen.

Zur Vereinfachung im Sprachgebrauch wird im Folgenden der Terminus „Lagebericht“ verwendet. Ausnahmen bestehen in den Fällen, in denen ein Unterschied besonders hervorgehoben werden soll. Hier werden die Begriffe „Lagebericht“ und „Konzernlagebericht“ explizit

²⁷ Vgl. Wagenhofer/Ewert (2003), S. 281.

eingesetzt. Die Vereinfachung resultiert aus den im Wesentlichen inhaltlich identischen Anforderungen des HGBs.

1.2 Aufbau und Gegenstand der Arbeit

Im dem zuvor dargelegten Abschnitt wurde die Motivation zu dieser Arbeit hergeleitet und das damit verfolgte Forschungsinteresse aufgezeigt. Das Ziel dieser Studie beeinflusst, neben dem Aufbau der Untersuchung, maßgebend die Forschungsmethode, welche zur Beantwortung der Fragestellung beiträgt.

Im nachstehenden **zweiten Kapitel** werden die theoretischen Grundlagen dargestellt, auf denen diese Arbeit beruht. Mit dem zu Beginn skizzierten geschichtlichen Rahmen gilt es, ein Verständnis für die gesetzlichen Anforderungen an die Lageberichterstattung zu schaffen, die im weiteren Verlauf dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund wird der Zweck der Berichterstattung erläutert und auf die Aufstellung und Publizität hingewiesen. Darüber hinaus befasst sich ein kurzer Abschnitt mit der Prüfung von Lageberichten. Diese Thematik soll darauf hinweisen, dass es eine Instanz gibt, die dazu beiträgt, den publizierten Informationen eine ausreichende Glaubhaftigkeit zu schenken. Die Prüfung des Lageberichts ist im Rahmen der Forschung dienlich, da hierüber den zur Auswertung verwendeten Daten eine Verlässlichkeit zugesprochen werden kann. Die erhobenen Grunddaten können demnach als valide beurteilt werden. Gegen Ende des Kapitels wird der DRSC in seiner organisatorischen Gestalt und hinsichtlich seiner Aufgaben vorgestellt, um anschließend auf die, für die Konzernlageberichterstattung notwendigen DRS einzugehen, womit die konzeptionellen Grundlagen abgerundet werden. Auf dem vorgestellten Standard fußen letztlich die Forschungsmethode und die Beantwortung der Forschungsfrage. Zum Schluss erfolgt ergänzend vor dem Hintergrund der Theorie eine Abgrenzung wesentlicher Begriffe, die mit den bedeutungsvollsten Änderungen im DRS in Zusammenhang stehen.

Die bisherigen empirischen Studien zur Lageberichterstattung sollen einen Überblick über den derzeitigen Stand der Forschung vermitteln. Zu Beginn des **dritten Kapitels** werden unterschiedliche Forschungswege im Zusammenhang mit der Lageberichterstattung vorgestellt. Die skizzierten Forschungswege geben u. a. einen Überblick, auf welche Weisen die Berichterstattung untersucht werden kann. Die Betrachtung des derzeitigen Forschungsstands stützt sich im Wesentlichen auf zwei Arten von Forschungsaspekten. Zum einen geht es um Forschungen, die die Lageberichterstattung nach DRS 15 betreffen und zum anderen um die, die den DRS 20 fokussieren. Zusätzlich wurden weitere bedeutende Studien zum Thema Lageberichterstattung aufgeführt, die losgelöst von den Rechnungslegungstandards sind. Die Literaturdurchsicht hilft, einen Überblick über die bestehenden Forschungen zu erlangen und deckt existierende Forschungslücken auf. Das in dieser Arbeit verfolgte Forschungsinteresse lässt sich über die noch nicht empirisch analysierten Bereiche der Lageberichterstattung ableiten.

Das **vierte Kapitel** stellt die Ausgangssituation für die in der Studie ausgeführten statistischen Tests dar, mit Hilfe derer eine Aussage über die Grundgesamtheit untersucht wird. Eröffnend wird die Entwicklung von statistischen Hypothesen skizziert, bevor die einzelnen Hypothesen zur empirischen Prüfung aufgestellt werden. Im Rahmen der aufgestellten Hypothesen ist, beruhend auf der Fragestellung, nach zwei Arten zu differenzieren. Auf der einen Seite stehen Hypothesen, die sich auf die Veränderung des Umfangs und der Qualität der

Berichterstattungen beziehen. Auf der anderen Seite sind jene Hypothesen formuliert worden, die auf vermutete Einflussfaktoren eingehen. Darunter sind sowohl Erklärungsversuche hinsichtlich des Umfangs als auch der Qualität gefasst worden.

Das Zentrum dieser Arbeit bildet das **fünfte Kapitel**. Am Anfang wird das Forschungsdesign aufgestellt, welches die Grundlage der wissenschaftlichen Untersuchung abbildet. Hier werden die Daten für die Untersuchung fixiert, die der deskriptiven Statistik sowie der Prüfung der in Kapitel vier aufgestellten Hypothesen dienen. Zur Ausführung der Untersuchung fällt die Wahl auf die Methode der Inhaltsanalyse. Dabei sind für eine systematische Erhebung und Auswertung das Kategoriensystem und das Scoring-Modell von wesentlicher Bedeutung. Zusätzlich werden die zur statistischen Analyse verwendeten Methoden vorgestellt, auf denen die gewonnenen Schlussfolgerungen beruhen. Im Anschluss des aufgestellten Forschungsdesigns werden die Ergebnisse aus der Untersuchung der Lageberichte dargestellt. Dies beinhaltet zum einen die deskriptiven Befunde sowie zum anderen die statistischen Ergebnisse zu den eingesetzten Testverfahren. Im Rahmen der Ergebnisse werden zwei Perspektiven betrachtet, die zu unterscheiden sind. Der Blick richtet sich zunächst auf die Entwicklung der Berichterstattung, bevor im Anschluss die Einflussfaktoren im Fokus stehen. Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer kritischen Würdigung der gewonnenen Erkenntnisse, indem zugleich die Grenzen der Analyse aufgezeigt werden.

Das **sechste** und damit letzte **Kapitel**, die Schlussbetrachtung, fasst die bedeutendsten Feststellungen aus dem Forschungsprojekt zusammen. Hierbei werden die Erkenntnisse der Forschung hervorgehoben und eine Implikation für die Praxis abgeleitet. Darüber hinaus gilt es, im Rahmen des Resümeees auf weiteres Potenzial für die Forschung auf dem Gebiet der Lageberichterstattung hinzuweisen.

2 Entstehung und theoretische Grundlagen der Lageberichterstattung

2.1 Die gesetzliche Entwicklung des (Konzern-)Lageberichts

Die Wurzeln der Entstehung des heute bekannten **Lageberichts** liegen über mehr als ein Jahrhundert zurück.

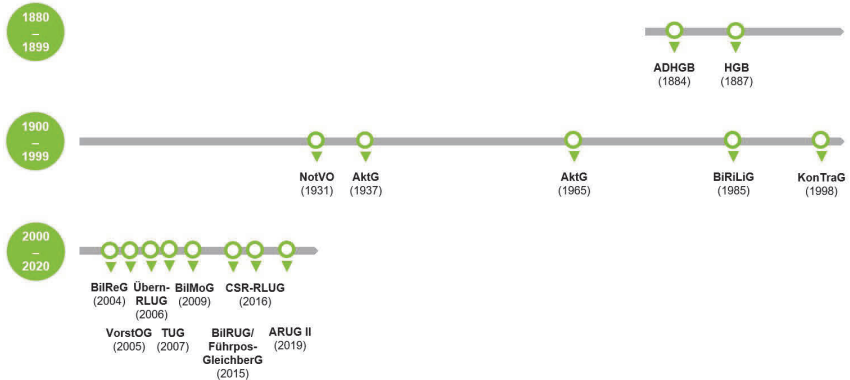


Abb. 2.1: Entwicklung des Lageberichts

Die Grundlage dessen stammt aus dem Gesetz, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften im Jahre 1884, wie die zuvor aufgezeigte Grafik 2.1 darlegt. Verankert und damit der Mantel dieses Gesetzes war zur damaligen Zeit das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch (ADHGB). Mit der zweiten Aktiennovelle im Jahre 1884,²⁸ welche ebenso wie die erste Novelle des Aktienrechts im Jahre 1870 zu wesentlichen Veränderungen geführt hatte,²⁹ legte der deutsche Gesetzgeber in Art. 185 ADHGB Folgendes fest: „Die persönlich haftenden Gesellschafter sind verpflichtet, spätestens in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres für das verflossene Geschäftsjahr eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung, sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht dem Aufsichtsrathe und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung der Kommanditisten vorzulegen.“³⁰

Der Bericht über den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft, bezeichnet als „Geschäftsbericht“, diente dem Zweck, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung zu erläutern.³¹ Der Grundstein des heutigen Lageberichts kann damit als gelegt bezeichnet werden.

²⁸ Vgl. Hoffmann-Becking (1999b), S.1 f., Tz. 1–6.

²⁹ Vgl. Willenbücher (1891), S.1.

³⁰ Art. 185 ADHGB, abgedruckt in Schubert/Hommelhoff (1985), S. 573.

³¹ Vgl. Willenbücher (1891), S.226, Nr. 2 zu Art. 185 ADHGB.

Im Jahre 1900 trat das HGB von 1897 in Kraft.³² Wesentliche Änderungen des Aktienrechts wurden in ihm nicht vorgenommen, dementsprechend ergaben sich keine Neuerungen bezüglich des Geschäftsberichts.³³ Eine teilweise Reform des Aktienrechts brachte hingegen die Notverordnung (NotVO) des Reichspräsidenten von 1931 mit sich.³⁴ Über die NotVO wurde der § 260 HGB neu gefasst, und der Begriff „Geschäftsbericht“ erhielt Einzug in den Gesetzestext.³⁵ Die NotVO führte nicht nur zu einer terminologischen Anpassung, sondern konkretisierte darüber hinaus auch den Inhalt des Geschäftsberichts.³⁶ Hierfür wurde der § 260a HGB neu eingefügt.³⁷ Waren bis dahin die Ausführungen zum Inhalt eher bescheiden, so wurden dem Geschäftsbericht nun in einem etwas ausführlicheren Maße Informationen abverlangt. Den neuen Bestimmungen über die Auskunftspflichten diente dem Hauptziel, die Publizität zu verstärken.³⁸ Neben den im Geschäftsbericht gewohnten Ausführungen zu Vermögensstand und Verhältnissen der Gesellschaft sollte bei den Erläuterungen zum Jahresabschluss auf wesentliche Abweichungen eingegangen, über die Beziehung zu einer abhängigen Gesellschaft und einer Konzerngesellschaft berichtet und des Weiteren Angaben zu acht Sonderpunkten getätigt werden.³⁹

Mit dem Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktie, kurz AktG, von 1937 waren fortan die relevanten Bestimmungen nicht mehr im HGB integriert. Die Paragraphen zum Geschäftsbericht (§§ 260, 260a HGB) wurden gänzlich in § 128 AktG übernommen und teilweise ergänzt sowie verschärft.⁴⁰ Bedeutungsvoll in der Ausgestaltung des Paragraphen war die Zweiteilung, wie Abbildung 2.2 verdeutlicht. Wurden in Abs. 1, dem allgemeinen Teil, Ausführungen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Gesellschaft verlangt, so waren nach Abs. 2, dem besonderen Teil, Erläuterungen zum Jahresabschluss zu tätigen.⁴¹

³² Vgl. Rudorff (1898), Vorwort.

³³ Siehe Rudorff (1898), S. 203, § 260 HGB. Vgl. Hoffmann-Becking (1999b), S. 2, Tz. 7.

³⁴ Vgl. Klausning (1933), S. 13.

³⁵ Siehe § 260 Abs. 2 HGB, abgedruckt in Friedländer (1932), S. 158 f.

³⁶ Siehe § 260a HGB, abgedruckt in Friedländer (1932), S. 162 f.

³⁷ Vgl. Klausning (1933), S. 14.

³⁸ Vgl. Friedländer (1932), § 260a HGB, Tz. 1, Nr. 2.

³⁹ Siehe § 260a HGB, abgedruckt in Baumbach (1933), S. 363.

⁴⁰ Vgl. Mellerowicz (1961), § 128 AktG, Tz. 1.

⁴¹ Siehe § 128 AktG, abgedruckt in Mellerowicz (1961), S. 885 f.

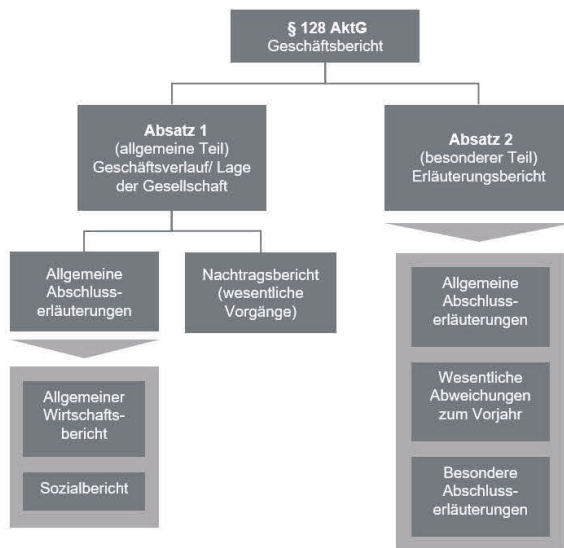


Abb. 2.2: Inhalt und Struktur des Geschäftsberichts nach dem AktG von 1937
Quelle: Vgl. Mellerowicz (1961), §128 AktG, Tz. 1

Das im Jahr 1965 neu verkündete AktG unterlag grundsätzlich wesentlich erweiterten Rechnungslegungsvorschriften und brachte u. a. Gesetzesänderungen für den Geschäftsbericht mit sich.⁴² Die gesetzliche Verankerung des Begriffs „Lagebericht“ unterblieb weiterhin und die Zweiteilung des Geschäftsberichts wurde aufrecht gehalten. Der Gesetzgeber ließ die Vorschriften des § 128 AktG aus dem Jahre 1937 in den § 160 AktG einfließen. Der Gesetzestext bezüglich der Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Darlegung der Lage der Gesellschaft weist keine Änderungen auf, lediglich die Anforderungen an den Erläuterungsbericht wurden hinsichtlich seiner Angaben erweitert, ergänzt und konkretisiert.⁴³

Über ein Jahrhundert, bis zur Verabschiedung zum Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts, kurz Bilanzrichtlinien-Gesetz (BiRiLiG) im Jahr 1985, blieb der Geschäftsbericht in seinen folgenden drei Eckpunkten unverändert:⁴⁴

- Ergänzen der Rechenwerke Bilanz und Gewinn- & Verlustrechnung.
- Erläutern von Einzelangaben in den Rechenwerken.
- Unterstützen der Entscheidungsfindung der Aktionäre durch bereitgestellte Informationen.

⁴² Vgl. Adler/Düring/Schmaltz (1968), Vorwort zur vierten Auflage; siehe § 160 AktG, abgedruckt in Adler/Düring/Schmaltz (1968), S. 743 ff.

⁴³ Siehe § 160 AktG, abgedruckt in Adler/Düring/Schmaltz (1968), S. 743 ff.

⁴⁴ Vgl. Hommelhoff (2002), § 289 HGB, Tz. 7.

Das Ziel des BiRiLiG bestand darin, die Vierte, Siebte und Achte EG-Richtlinie in nationales Recht zu transformieren und somit u. a. eine EU-weite Angleichung der Informationspflichten von bestimmten Kapitalgesellschaften zu gewährleisten.⁴⁵ Mit der Umsetzung des BiRiLiG erfolgten sowohl formelle als auch materielle Änderungen im HGB. Das bis dahin im HGB verankerte AktG wurde entkoppelt und dessen Rechnungslegungselemente ins HGB verlagert. Dies hatte zur Folge, dass die Pflicht zur Aufstellung eines Lageberichts (bisher Teil des Geschäftsberichts) nicht mehr nur für eine AG oder KGaA galt, sondern grundsätzlich fortan für alle Kapitalgesellschaften⁴⁶ besteht.⁴⁷ Der bis zu diesem Zeitpunkt aus dem AktG bekannte Geschäftsbericht unterlag einer Aufspaltung. Ein Teil, bisher der „allgemeine Teil“ zur Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft, wurde in § 289 HGB erfasst. Die Bezeichnung „Geschäftsbericht“ wurde nicht weiterverwendet.⁴⁸ Stattdessen hielt der Begriff „Lagebericht“ Einzug in den Gesetzestext. Der zweite Teil, der „besondere Teil“ mit den Erläuterungen zum Jahresabschluss, wurde in § 284 ff. HGB unter der Bezeichnung „Anhang“ ausgewiesen. Die Richtlinie trug folglich dazu bei, dass das Konzept der Rechnungslegung auf einem Zwei-Säulen-Modell⁴⁹ beruht. So zeigt sich auf der einen Seite der Jahresabschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie auf der anderen Seite der Lagebericht, womit sich dieser als eigenständiges Berichtselement⁵⁰ hervorhebt.

Die Ausführungen des § 160 Abs. 1 AktG von 1965 wurden inhaltlich übernommen. Demgemäß ist in § 289 Abs. 1 HGB festgelegt worden, dass im Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage der Kapitalgesellschaft zu berichten ist. Die Neuerung, welche über den § 289 Abs. 1 HGB Einzug hielt, betrifft die Darstellung. Jene hat demnach so zu erfolgen, „... dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird“.⁵¹ Über diese Neuanforderung unterliegt der Lagebericht dem Konzept des „true and fair view“, welche jedoch nicht wesentlich über die bisherigen Anforderungen des damaligen AktG hinausgingen.⁵² In § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB wurden die bereits bekannten „Vorgänge von besonderer Bedeutung“, welche nach dem Schluss eines Geschäftsjahres eingetreten sind, übernommen.⁵³ Gänzlich neu ist die Aufnahme der Vorschriften in Nr. 2 und 3 von § 289 HGB, durch die die Berichterstattung ausgeweitet wurde. Dementsprechend war nun auch über die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaften sowie zum Bereich Forschung und Entwicklung zu berichten.⁵⁴ Es lässt sich festhalten, dass für die Lageberichterstattung in heutiger Form das BiRiLiG als erste große Bilanzrechtsreform die gesetzliche Grundlage darstellte.⁵⁵

⁴⁵ Vgl. Küting/Weber (1986), S. 1.

⁴⁶ Basierend auf dem Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinien-Gesetz vom 24. November 2000 wurde die Europäische Gemeinschaft Richtlinie 90/605/EWG vom 08. November 1990 umgesetzt. Durch das Inkraftsetzen des Gesetzes im Jahre 2000 waren die Vorschriften zur Lageberichterstattung nicht mehr nur auf Kapitalgesellschaften anzuwenden. Ihr Anwendungsbereich wurde infolgedessen auf Personenhandels-gesellschaften im Sinne des § 264a HGB (KapCoGes) ausgeweitet; vgl. Förtschle (2006), § 264a HGB, Tz. 1-3.

⁴⁷ Vgl. Biener/Berneke (1986), S. 275 f.

⁴⁸ Vgl. Biener/Berneke (1986), S. 276.

⁴⁹ Vgl. Hommelhoff (2002), § 289 HGB, Tz. 12.

⁵⁰ Vgl. Fink/Kajüter/Winkeljohann (2013), S. 5.

⁵¹ BiRiLiG (1985), S. 2369, § 289 Abs. 1 HGB.

⁵² Vgl. Peat, Marwick, Mitchell & Co. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main (1986), S. 86.

⁵³ Vgl. BiRiLiG (1985), S. 2369, § 289 Abs. 2 HGB.

⁵⁴ Vgl. BiRiLiG (1985), S. 2369, § 289 Abs. 2 HGB.

⁵⁵ Vgl. Kolb/Neubeck (2016), S. 47.